ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hartmann, Hellmut

Article — Digitized Version

Zum Beispiel Stahl: Strukturpolitik bleibt Problem Nummer Eins

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hartmann, Hellmut (1966) : Zum Beispiel Stahl: Strukturpolitik bleibt Problem Nummer Eins, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 5, pp. 241-242

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133591

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Zum Beispiel Stahl — Strukturpolitik bleibt Problem Nummer Eins

Als unlängst der Chef des größten deutschen Stahlkonzerns, Hans-Günther Sohl von der August-Thyssen-Hütte, in einer Pressekonferenz ankündigte, die deutsche Stahlindustrie werde auswandern, wenn es nicht gelänge, sie mit billigerer Kohle zu versorgen, da war das eine wirtschaftspolitische Sensation ersten Ranges. Denn so, wie die Äußerung Sohls kolportiert wurde, erschien sie als eine selten dagewesene Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, speziell an den restriktiven Einfuhrpraktiken gegen amerikanische Kohle, die im Ruhrgebiet — immerhin am Erzeugungsort deutscher Kohle — zollfrei um 10 bis 14 DM je Tonne billiger angeboten werden kann als das heimische schwarze Gold. Schließlich hatte Sohl mit seiner Äußerung nicht mehr und nicht weniger gesagt, als daß die deutsche Wirtschaftspolitik in einem ganz entscheidenden Bereich versagt hat. Sie hat es nicht fertiggebracht, einem für die deutsche Exportwirtschaft bedeutenden Industriezweig die notwendigen Produktionsfaktoren zum internationalen Wettbewerbspreis zu beschaffen. Im Gegenteil, durch ihre kohlefreundliche Politik hat sie den für die Stahlindustrie nun einmal unerläßlichen Koks auf ein Preisniveau hinaufgeschleust, das die ohnehin in Bedrängnis geratene Stahlindustrie vor die ernsthaftesten Probleme stellte. Sohls Fanal war im übrigen nicht die erste kritische Äußerung aus den Kreisen der Zwangsabnehmer deutscher Kohle. Kurz zuvor hatte bereits der Hoesch-Hüttenunion-Konzern seine Absicht bekanntgegeben, zugunsten der holländischen Hoogovens-Gruppe auf eine Ausweitung seiner Stahlkapazität in der Bundesrepublik zu verzichten, um auf diese Weise in den Vorteil der in Holland bislang noch zollfreien amerikanischen Kohle zu kommen.

Wenn auch manchem die von Sohl angekündigten Konsequenzen als Defätismus, wenn nicht gar als Symptom einer weit schlimmeren Geisteshaltung erscheinen mochten — zu verstehen sind sie vom rein wirtschaftlichen Standpunkt sicherlich. Wenn einer auf den Weltmarkt angewiesenen Industrie die Produktionsbedingungen an ihrem traditionellen Standort verdorben werden, ist es nur logisch, daß sie danach trachtet, den Standort zu wechseln. Daß ein solcher Wechsel Konsequenzen hat, die weit über den Unternehmensbereich hinausreichen, ist selbstverständlich. Hierauf hat auch Sohl in seiner Erklärung nachdrücklich hingewiesen: auf den eintretenden Beschäftigungsausfall in der Bundesrepublik und vor allem auf den Steuerausfall. Wäre der Beschäftigungsverlust bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage noch relativ leicht hinzunehmen, so konnte man im Anschluß an die Erklärung etwa hören, sei das beim Ausfall von Steuern keineswegs mehr möglich. Wäre die Beschwörung solcher Konsequenzen in der Presse ein Indiz für die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens in der Wirklichkeit, müßte sich zumindest der Bundesfinanzminister wegen Sohls Drohung graue Haare

wachsen lassen. Allerdings spricht einiges dafür, daß er das sicherlich nicht deswegen zu fürchten braucht. Denn ein Steuerausfall ist tatsächlich nur für den Fall zu erwarten, daß Deutschlands Stahlindustrie geschlossen und auf einmal auswandert. Daran denkt allerdings niemand. Die viel wahrscheinlichere Form des Auswanderns ist — wenn überhaupt — der Verzicht auf weitere Investitionen zugunsten ausländischer Partner.

Wie dem auch sei — bei der gegenwärtigen Situation gibt es für die Wirtschaftspolitik mindestens zwei Alternativen, den Auszug deutscher Stahlwerke zu verhindern: Erstens könnte auf die restriktive Einfuhrpolitik gegenüber amerikanischer Kohle verzichtet werden. (Dies würde zwar die schon seit langem währende Stahlkrise nicht beseitigen, vor allem nicht im Hinblick auf den freiwilligen Expansionsstopp, den sich die Montanunion-Länder auferlegt haben, der aber von unseren Partnerländern nicht befolgt worden ist.) Die Belieferung der deutschen Stahlwerke mit billiger amerikanischer Kohle hätte aber zumindest den Vorteil, daß die Stahlindustrie international vergleichbare Einstandspreise für den Rohstoff Kohle zu zahlen hätte. Zum anderen würde durch diese Lösung ein Druck auf die immer wieder verschleppte Bereinigung des deutschen Energieproblems ausgeübt. So bitter eine Forcierung des Strukturwandels an Rhein und Ruhr für die beteiligten Zechen und ihre Belegschaft auch wäre, so unumstritten notwendig ist sie. Ein von der Stahlindustrie ausgehender Impuls zur Beschleunigung könnte daher im Grunde langfristig nur positive Effekte haben. Daß der Wohlstand in der heutigen Zeit nur durch technischen Fortschritt erhalten und vermehrt werden kann, wird wohl von keinem ernsthaft bestritten. Und daß technischer Fortschritt stets mit Strukturwandlungen verbunden ist, ebenfalls nicht. Daß man sich trotz der Erkenntnis dieses Zusammenhangs in concreto dem technischen Fortschritt immer wieder entgegenstellt, ist zwar in sektoraler Betrachtungsweise verständlich, aber gesamtwirtschaftlich ein teurer Luxus, den man sich auf die Dauer nicht leisten kann.

So gesehen, erscheint die zweite Alternative denn auch von vornherein nur als eine Notlösung — eine Notlösung allerdings, die — wie ebenfalls in Sohls Rede angeklungen — aller Voraussicht nach die meisten Chancen hat, verwirklicht zu werden. Diese Lösung lautet: Verbilligung der deutschen Kohle auf das Preisniveau der amerikanischen durch „Anpassungshilfen". Gewiß, auf diese Weise wäre der deutschen Stahlindustrie zunächst geholfen. Sie könnte zu denselben Kokspreisen produzieren, die ihr entstünden, falls die erste Alternative verwirklicht würde. Diese Hilfe ist aber nur eine Schein-Hilfe. Denn langfristig ist mit einer weiteren Subventionierung der Kohle nichts, aber auch gar nichts erreicht. Bedenkt man, daß die bisherige Stützung der Kohle durch direkte Zahlungen und Importschutz genau die Situation geschaffen hat, die die deutschen Stahlindustriellen jetzt zur Androhung des Auswanderns gebracht hat, so ist schlechterdings unverständlich, warum nun eine weitere und stärkere Subventionierung plötzlich den umgekehrten Effekt haben soll. Und noch unverständlicher ist, warum man — was ebenfalls in der Diskussion ist — statt in einer Subventionierung der Kohle in der Subventionierung der Stahlindustrie, d. h. also des K o n s u m e n t e n , das Heil erblicken will. Eine weitere Subventionierung der deutschen Kohleförderung bzw. eine Ausweitung der Stützungsmaßnahmen auf die Stahlindustrie müßte ja finanziert werden. Und finanziert werden kann sie nur über den Steuerzahler. Und Steuerzahler sind alle. Nicht zuletzt die Stahlindustrie. Wenn auch im Falle der Stahlindustrie die Steuermehrbelastung geringer wäre als die Entlastung, die durch den Bezug billiger Kohle einträte, so könnte das Mehr an Steuern bei anderen Industrien zu ähnlichem Kostendruck führen wie im Falle der Hüttenwerke. Und wer garantiert, daß dann nicht andere — durch Subventionsfinanzierung ohnehin stark belastete — Industrien zu ähnlichen Überlegungen Anlaß geben, wie sie bislang nur im Stahlbereich geäußert wurden?

Eine volkswirtschaftliche Verfälschung der Kostenrelationen, die mit jeder Subventionierung einhergeht, läßt sich allenfalls in einer abgeschlossenen Volkswirtschaft — wenn auch auf Kosten des Wohlstands — ertragen. In einer Volkswirtschaft, die vom Export lebt, ja in manchen Industrien mehr als 50 % ihrer Produktion exportiert, ist sie hingegen ein Unding und kann langfristig nur zum exportwirtschaftlichen — sprich hier: gesamtwirtschaftlichen — Selbstmord führen.

Angesichts dieser Überlegungen kann die Konsequenz nur sein: entweder Öffnung der Grenzen für amerikanische Importkohle oder Öffnung der Grenzen für den Auszug der deutschen Stahlindustrie. In beiden Fällen wäre indessen das Problem des Strukturwandels in der Wirtschaft beileibe nicht gelöst.

Eine Bereinigung im Kohlebereich — und nicht nur dort — wäre selbst dann noch notwendig. Ja mehr: Sie wäre dann notwendiger denn je. Und wie so häufig bei der Zuspitzung eines Problems der Schlüssel zu seiner Lösung nicht mehr allzufern liegt, könnte auch in diesem Fall von dem Exodus deutscher Stahlwerke oder dem Kontingentsabbau für amerikanische Kohle ein heilsamer Zwang auf die Lösung des Strukturproblems ausgehen. Langfristig hilft hier, wie in anderen ähnlich gelagerten Fällen, nur die Beseitigung des Übels an seiner Wurzel, nicht aber das Kurieren an Symptomen.

Hellmut Hartmann